

## Die Rente ist sicher ?

### Zum Rentensofortprogramm der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag

Von Dr. Wolfgang Stuchly, Pressesprecher

Es ist schon bemerkenswert, welche Schwerpunkte der Gründungsparteitag der nunmehr gesamtdeutschen Partei DIE LINKE nach längeren, zum Teil kontroversen und widersprüchlichen Diskussionen am 16. Juni 2007 für die künftige Politik festlegte (ISOR-aktuell berichtete dazu in der Juli-Ausgabe).

Einer der Schwerpunkte – der sowohl in den Grundsatzreden der beiden Vorsitzenden als auch in den ersten Beschlüssen besonders hervorgehoben wurde – war die Aufforderung zu mehr Aktivitäten zur Verhinderung des weiteren massiven Sozialabbaus und zur Herstellung von mehr sozialer Gerechtigkeit bei den Einkommen, im Gesundheitswesen, im Bildungssystem, bei der Steuerpolitik und in der Altersversorgung.

Es ist deshalb kein Zufall, dass die Fraktion DIE LINKE bereits 14 Tage später, am 2. Juli 2007, zu einer Pressekonferenz in die Räumlichkeiten des Bundestages einlud, um über grundsätzliche Positionen zur Altersversorgung zu informieren.

Der Fraktionsvorsitzende Oskar Lafontaine, sein Stellvertreter Klaus Ernst und der rentenpolitische Sprecher der Fraktion Volker Schneider stellten mit dem Titel: „Für eine solidarische und sichere Rente“ ein Rentensofortprogramm vor.

Unter dem Druck des schon längere Zeit anhaltenden neoliberalen Umbaus der sozialen Sicherungssysteme, darunter der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) mit seinen Bestandteilen Nachhaltigkeitsfaktor, Rente mit 67, Nullrunden, Privatisierung der Altersvorsorge und faktischen Rentenkürzungen sowie der OECD-Studie u. a. mit Aussagen zur Altersarmut in Deutschland (siehe dazu ISOR-aktuell, Juli 2007, S.2), entschloss sich DIE LINKE zu einem alternativen sozialpolitischen Gesamtkonzept, um der Aufkündigung der solidarischen Sicherung der Altersversorgung wirksam entgegenzutreten.

Das Programm gliedert sich in sechs Punkte mit folgenden Grundaussagen:

1. Ziel der Gesetzlichen Rentenversicherung muss die gesetzlich vorgeschriebene Lebens-

standardsicherung sein und bleiben. Die Rente soll rund 70 Prozent des Durchschnittseinkommens der Versicherten betragen, um Altersarmut zu vermeiden.

2. Der Beitragssatz muss sich am Leistungsniveau orientieren und nicht umgekehrt. Statt der einseitigen Entlastung der Unternehmen sollen auch die Rentner an den Produktivitätsfortschritten und damit am gesellschaftlichen Wohlstand unmittelbar beteiligt werden.

3. Die Faktoren zur Kürzung der Rente, wie z.B. der sogenannte Nachhaltigkeitsfaktor oder die „Sicherungsklausel“ bei der Einführung der Rente mit 67 sind umgehend abzuschaffen, um eine wachsende Ungleichheit in der Solidargemeinschaft zu verhindern.

4. Die schrittweise Einbeziehung aller Erwerbstätigen in eine einheitliche soziale Erwerbstätigenversicherung mit paritätischer Einzahlung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Damit soll die Beitragsbasis stabilisiert werden. Gleichzeitig soll mit der Einführung eines Solidarausgleichs durch die Höherbewertung der Beitragszeiten für Kindererziehung, Pflege, Arbeitslosigkeit, Krankheit sowie Aus- und Weiterbildung mehr soziale Gerechtigkeit geschaffen werden.

5. Die Rente mit 67 wird abgelehnt, weil sie zu Rentenkürzung, steigender Arbeitslosigkeit und Altersarmut führt.

6. Der Rentenwert Ost ist schnellstmöglich und steuerfinanziert an den Rentenwert West anzugleichen. Durch die ausgeglichenen Lebenshaltungskosten in Ost und West ist die unterschiedliche Bewertung gegenstandslos geworden.

Allerdings wäre aus unserer Sicht wünschenswert gewesen, wenn die Fraktion DIE LINKE im Bundestag noch bestehende Ungleichbehandlungen, Ausgrenzungen und Ungerechtigkeiten bei der Altersversorgung gegenüber rund 200.000 ehemaligen DDR-Bürgern als das bezeichnen würde, was es tatsächlich ist: Verstoß gegen die Wertneutralität des deutschen Rentenrechts und grundgesetzwidriges Rentenstrafrecht!

Unser Kampfgenosse

### Oberst a.D. Prof. Dr. sc. jur. Wolfgang Edelmann

ist am Mittwoch, dem 25. Juli 2007 verstorben.

Die Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR trauert um ihr Gründungsmitglied, unseren stellvertretenden Vorsitzenden und aufrechten Freund.

Wolfgang hat von Anfang an den Kampf um soziale Gerechtigkeit entscheidend geprägt und bleibende Verdienste bei der Überwindung sozialer Ausgrenzung errungen.

Als Wissenschaftler hat er maßgeblichen Anteil an der juristischen und organisatorischen Führung des Kampfes von ISOR.

Er hat weit über den Verein hinaus Achtung und Anerkennung erworben, sein Handeln war von Solidarität und Standhaftigkeit geprägt. Keine Zeit und keine Kraftanstrengung war ihm dafür zu viel. Sein Wirken wurde vor Jahresfrist mit dem „Preis für soziale Menschenrechte“ der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. gewürdigt.

Unsere tiefe Anteilnahme gilt seiner Ehefrau und seinen Familienangehörigen.

Wir verabschieden uns von ihm mit dem Versprechen, den Kampf in seinem Sinne weiter zu führen.

Der Vorstand

Mit großer Trauer und Bestürzung haben wir von dem plötzlichen und unerwarteten Tod des Vorstandsmitgliedes

### Wolfgang Edelmann

erfahren. Der Schmerz und der Verlust trifft nicht nur seine Familie, sondern darüber hinaus sind alle Menschen betroffen, die eine Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit erreichen wollen.

Seit 1991 war er führend an der konzeptionellen und rechtlichen Ausarbeitung der Strategien für die Aufhebung des Rentenstrafrechts beteiligt. Er hinterlässt eine tiefe Lücke, die schwer zu füllen sein wird. Wir sind willens und bemüht, in seinem Geiste die Arbeit unvermindert fortzuführen.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Ehefrau und seiner Familie.

Rechtsanwalt Benno Bleiberg  
und Mitarbeiter

Warum scheut man sich – bei allem Verständnis für die komplizierte Lage – die Dinge beim Namen zu nennen?

ISOR e.V. unternimmt erhebliche Anstrengungen, um dieses Unrecht überwinden zu helfen. Zeit ist in Verzug – die biologische Zeituhr tickt!

Wir hoffen auch hier – wenngleich unerwähnt – auf die solidarische Unterstützung durch die neue gesamtdeutsche Partei DIE LINKE und ihre Fraktion im Deutschen Bundestag.

Ihr Rentenfortprogramm, das als Antrag in das Parlament eingebracht werden soll, findet unsere Zustimmung und Unterstützung.

(Das Rentenfortprogramm ist nachzulesen bei „www.isor-sozialverein.de“ unter: Bei anderen gelesen) □

### Der Vorstand teilt mit:

Der Vorstand bestätigte in seiner Sitzung am 25.07.2007 die vertraglichen Vereinbarungen mit den zur Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS bestellten Gutachtern. Das entsprechende sozialwissenschaftliche Gutachten soll bis Ende 2007 erstellt werden.

\*

Vielen ISOR-Mitgliedern gehen derzeit verwirrende Antworten des Petitionsausschusses zur geforderten Datenherausgabe zu. Diese beruhen auf rechtlich und sachlich falschen und zudem zeitlich überholten Grundlagen. Den TIG-Vorsitzenden wird dazu kurzfristig eine Information des Vorstandes übersandt werden.

Der Vorstand nahm einen Bericht von Herbert Kranz über Erfahrungen und Möglichkeiten der Betreuung von ISOR-Mitgliedern bei rechtlichen und sozialen Problemen entgegen. Er hat das Ergebnis umfangreicher Recherchen in einer Liste mit mehr als hundert Themen und den jeweils kompetenten Ansprechpartnern und Ratgebern zusammengefasst. Bei auftretenden Fragen steht Herbert Kranz den Vorständen und interessierten Mitgliedern von TIG jederzeit für Auskünfte zur Verfügung.

(E-Mail: hkranz@dica.de / Tel. 030-97 99 5505)

\*

Die Arbeitsschwerpunkte des Vorstandes für das II. Halbjahr 2007 wurden im Vorstand diskutiert und beschlossen. □



### Der Vorstand der TIG Berlin-Hohenschönhausen hat nachfolgenden Appell an die Mitglieder der TIG gerichtet:

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, nun ist die entscheidende Etappe im Kampf gegen das Rentenstrafrecht eingeleitet. Die Aussichten auf einen Erfolg sind wieder real vorhanden. Das Bundesverfassungsgericht hat Mitte des Jahres 2004 unsere Verfassungsbeschwerde zum § 7 AAÜG nicht angenommen.

Es hat aber eine erneute Behandlung offen gelassen, wenn klare Aussagen zur Einkommens- und Qualifikationsstruktur im Vergleich zur Volkswirtschaft vorgelegt werden.

An dieser Aufgabe haben seither aufopferungsvoll und uneigennützig zahlreiche kompetente Mitarbeiter der ehemaligen bewaffneten Organe gearbeitet.

Dank der beharrlichen und besonnenen Arbeit unserer Rechtsanwälte und durch den politischen Druck der ISOR-Mitglieder, sind uns nun endlich nach langem Kampf von den zuständigen Behörden alle erforderlichen Daten übergeben worden. Nach der gutachterlichen Auswertung wird niemand mehr ernsthaft behaupten können, die Einkommensverhältnisse im MfS seien unklar. Auf dieser Grundlage wird voraussichtlich bis zum Jahresende 2007 ein unabhängiges Gutachten vorgelegt.

Danach können Musterverfahren geführt werden, um möglichst schnell wieder zum Bundesverfassungsgericht zu gelangen.

Dank aller ISOR-Freunde gehörte unsere TIG bisher immer mit zu den Aktivsten im Kampf gegen das Rentenstrafrecht.

Nun ist wieder Licht am Horizont. Wir haben erneut eine reale Chance für einen Erfolg. Aber dafür brauchen wir in dieser Etappe unseres Kampfes die Mithilfe aller Mitglieder.

### Deshalb unser Appell

- Halten wir durch! Kämpfen wir gemeinsam

weiter bis zum endgültigen Urteil.

- Für Zweifel gibt es Verständnis. Aber jetzt in der entscheidenden Etappe aufgeben, aus welchem Grund auch immer, ist die falsche Konsequenz.
- Vertrauen und Zuversicht sind gerade jetzt entscheidender denn je.
- Versuchen wir alle aus unserem Kreis von ehemaligen Mitstreitern, Verwandten und Bekannten neue Mitglieder für ISOR zu gewinnen. Das wird uns dem Erfolg näher bringen. Dafür ist es nie zu spät.

### Der Vorstand der ISOR e.V. empfiehlt allen TIG, sich diesem Aufruf anzuschließen.

\*

Die Mitglieder der TIG Rostock haben sich mit konkreten Fragen zur Angleichung der Rentenwerte Ost an die Rentenwerte West an Minister Müntefering gewandt.

In den Antworten wurde auf die konkret gestellten Fragen nur allgemein und unverbindlich reagiert. Mit aller Offenheit wurde aber eingestanden, dass die Löhne in den neuen Ländern um 23 Prozent niedriger als im Westen sind. Die Rentenwerte hingegen weisen nur einen Unterschied von 12 Prozent auf. Mit anderen Worten, was wollt ihr Rentner-Ost eigentlich, hört endlich auf zu jammern, denen, die arbeiten, geht es noch viel schlechter.

Sicher hat der Herr Jaruzalski, Schreiber des Ministers Müntefering, den Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) „Renten auf einen Blick“ nicht richtig gelesen, sonst hätte die Antwort anders lauten müssen.

In dem Bericht kommen die 30 führenden Industrienationen zu einem beschämenden Ergebnis für Deutschland. Es wird vor der zunehmenden Altersarmut in einem der reichsten Länder gewarnt. Wer in Deutschland 45 Jahre in die gesetzliche

Rentenkasse einzahlt, erhält nur 39,9 Prozent seines vorherigen Durchschnittsverdienstes, hat die OECD errechnet.

Vor der Anhebung des Rentenalters und der Minderung des Rentenanstiegs, was nach Aussagen der Bundesregierung die Altersvorsorge angesichts der demografischen Entwicklung sicher machen soll, waren es 48,7 Prozent. In allen anderen Ländern werden diesen Personen im Durchschnitt 73 Prozent des Bruttoeinkommens gewährt. Mit Demografie lässt sich die Rentenbescheidung nicht begründen. In Wahrheit sollen damit die Kürzungen der Zuschüsse des Bundes an die Rentenkassen und die Entlastung der Unternehmen gerechtfertigt werden. Es geht eindeutig nicht um Demografie sondern um Verteilung. Die Rentner werden das bei künftigen Wahlen zu würdigen wissen.

Horst Zöllick

### Bei anderen gelesen:

Im 8. Tätigkeitsbericht der BStU (Birthler-Behörde), mit dem sie am 03.07.2007 an die Öffentlichkeit trat, ist auf Seite 30 zu ausgewerteten elektronischen Datenträgern zu lesen:

„Im Berichtszeitraum wurden die Daten des so genannten MfS-Besoldungsprojekts 3325 so aufbereitet, dass auch hier über alle verfügbaren Felder recherchiert werden kann. Erfasst sind in erster Linie die Besoldungsdaten von MfS Mitarbeitern, die zwischen 1980 und 1990 vom MfS im Rahmen dieses Datenverarbeitungsprojekts gespeichert wurden. Insgesamt sind für 141.877 Mitarbeiter Gehaltsnachweise enthalten. Darunter sind auch Angehörige des Mdl und der SV Dynamo, weil diese Einrichtungen in enger persönlicher Verflechtung mit dem MfS standen.

Die Daten bestehen aus der Jahresarchivdatei und drei Stammdateien. Die Jahresarchivdatei enthält alle relevanten Informationen zum tatsächlichen Einkommen einer Person vom Zeitpunkt der ersten Datenerfassung bis zum Jahr 1990. Das sind 834.129 Datensätze, wobei ein Datensatz den jährlichen Gehaltsnachweis für einen Mitarbeiter

darstellt. Die Stammdaten des Besoldungsprojekts gliedern sich in die Stammdaten 1, 2 und 3. Sie wurden bei Veränderungen monatlich für jede Gehaltsberechnung aktualisiert.... Die ... errechneten Gehälter... gingen in die Jahresarchivdatei ein, die praktisch vollständig vorliegt. Interessant können die Daten der Stammdaten noch insofern sein, als sie Auskünfte über Dienstgrad, Dienstalter, Art der Zulagen, Zuschläge, Abzüge usw. geben. Besonders die Informationen zu den Zulagen, Zuschlägen und Abzügen aus den Stammdaten ermöglichen interessante Analysen, auch hinsichtlich soziologischer Fragestellungen. So ist es z. B.

möglich, die Anzahl der Mitarbeiter zu ermitteln, die Zulagen für operative Tätigkeiten als Ärzte und Apotheker oder Piloten erhielten."

Die Behörde hat uns in den letzten Monaten in sachlicher und korrekter Zusammenarbeit zahlreiche, als Quellen für die Erforschung der Einkommensverhältnisse im MfS unerlässliche Dokumente zur Verfügung gestellt. Die Herausgabe dieses Gehaltsprojekts allerdings wurde uns bisher verweigert.

Eine Frage des so gern zitierten Datenschutzes ist das wohl kaum, zumal die Daten anonymisiert bereitgestellt werden sollen. Wir sehen mit gro-

ßem Interesse den Entscheidungen entgegen, wie sich die Herausgabe auch dieser Daten gestalten wird.

(Quelle: www.bstu.bund.de)

\*

Am 25. Mai traf sich die Fachkommission der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) in Berlin zur ersten ausführlichen Debatte zu Fragen der Seniorenpolitik unter Leitung des neuen Bundesvorsitzenden der BAGSO, Walter Link.

Anna Maria Müller, stellv. Vorsitzende des BRH,

➤➤➤ Fortsetzung auf Seite 4

## ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

### **Zum 94. Geburtstag**

Else Wiezcorek, Bln.-Weißensee

### **Zum 93. Geburtstag**

Frieda Schneider, Cottbus  
Elli Weidauer, Eggersdorf

### **Zum 92. Geburtstag**

Walter Regel, Bln.-Hellersdorf  
Therese Schiewek, Bln.-Weißensee

### **Zum 91. Geburtstag**

Ernst Möbius, Zeitz

### **Zum 90. Geburtstag**

Gerda Leben, Bln.-Mitte  
Horst Schulze, Stralsund

### **Zum 89. Geburtstag**

Wilhelm Ehm, Rostock  
Elsa Fahr, Leipzig  
Walter Wolf, Werdau

### **Zum 88. Geburtstag**

Max Hadam, Erkner  
Marianne Lassig, Leipzig  
Rudolf Lindenhahn, Leipzig

### **Zum 87. Geburtstag**

Werner Gärtner, Bln.-Köpenick  
Kurt Grabowski, Rostock  
Ruth Lindner, Plauen  
Hellmut Michael, Chemnitz  
Erich Richter, Lindenberg  
Heinz Rudolph, Bln.-Li'berg  
Erna Scheller, Werdau  
Gertrud Schwarz, Bln.-Fr'felde

### **Zum 86. Geburtstag**

Kurt Blumenberg, Pdm./Stern  
Hans-Erick Flick, Rostock  
Dr. Margit Gronau, Bln.-Treptow  
Werner Henning, Schwerin  
Hans-Joachim Pohn, Cottbus  
Erich Schwerdtfeger, Leipzig  
Annemarie Worm, Bln.-Marzahn

### **Zum 85. Geburtstag**

Erika Barabas, Zülów  
Christa Ebertz, Plauen  
Manfred Göpfert, Dresden

Johannes Hofmann, Bln.-Fr'felde  
Eddi Holland, Suhl/Goldlauter  
Radi Jaretsky, Magdeburg

Margot Koch, Cottbus  
Anne Köhler, Petershagen  
Marga Korb, Oelsnitz  
Karl Krischker, Bln.-Fr'hain

Elisabeth Krüger, Schwerin  
Edith Lohse, Chemnitz  
Albert Oehme, Gera

Ruth Reimann, Bln.-Prenzl Berg  
Fritz Ronneberger, Freital  
Herbert Schlichthaar, Magdeburg  
Karl Schmidt, Rostock  
Irmchen Schulze, Klötze  
Edith Voigt, Chemnitz  
Karl Wieghardt, Magdeburg  
Werner Zahr, Bln.-Fr'hain

### **Zum 80. Geburtstag**

Jörg Armenat, Weißenfels  
Walter Arnold, Suhl  
Horst Banderemann, Magdeburg  
Gustav Böhm, Löbau  
Helmut Chill, Stralsund  
Achim Drankmeister, Salzwedel  
Horst Dornberger, Eisenach  
Heinz Eberlein, Halle  
Prof. Dr. Gerhard Fehr, Halle/Berlin  
Dr. Harry Glöckner, Bln.-Mitte  
Getraud Hoffmann, Bergfelde  
Karl-Heinz Husler, Bln.-Pankow  
Eva Jäger, Bln.-Marzahn  
Günther Jürß, Rostock  
Anna Krisch, Bln.-Li'berg  
Horst Lemke, Hoyerswerda  
Erika Mecklenburger, Dresden  
Walter Merkel, Magdeburg  
Werner Michael, Bln.-Weißensee  
Hermann Müller, Leipzig  
Heinz Näther, Bln.-Li'berg  
Gertrud Pelka, Eisleben  
Edgar Pickart, Mosbach  
Gerhard Reiber, Erfurt  
Ursula Schibur, Bln.-Marzahn  
Marianne Schmidt, Frankfurt/O  
Rolf Schröter, Jena  
Sonja Schröter, Bln.-Mitte  
Helmut Schultz, Bln.-Köpenick  
Renate Schumann, Jena  
Ursula Traber, Dresden

Hans-Günther Völkner, Samtens  
Heinz Wenzel, Chemnitz  
Hildegard Wollenberg, Sachsenhausen  
Wolfgang Wunderlich, Bln.-Prenzl. Bg.  
Horst Zorn, Rostock  
Prof. Dr. Hans-Dieter Zschoge, Leipzig

### **Zum 75. Geburtstag**

Elfriede Adler, Magdeburg  
Gerhard Bartl, Chemnitz  
Gerhard Bendig, Bln.-Fr'felde  
Irmtraud Busch, Bln.-Fr'felde  
Roland Clausner, Bernau  
Klaus Coburger, Brandenburg  
Hans-Joachim Dahle, Bln.-Hhsn.  
Paul Dallügge, Schwerin  
Manfred Daum, Dresden  
Ruth Diehm, Bln.-Fr'hain  
Hans Egermann, Aschersleben  
Lothar Ehrlich, Plauen-Großböbern  
Siegfried Eisenhuth, Bernau  
Inge Emele, Fichtenwalde  
Ruth Finke, Bln.-Marzahn  
Günter Fischer, Guben  
Elfriede Forkel, Mausendorf  
Hans Forner, Quedlinburg  
Rudolf Gärtig, Stralsund  
Werner Gose, Magdeburg  
Helmut Große, Bln.-Treptow  
Elli Gruchow, Bln.-Hhsn.  
Helga Grünert, Bln.-Treptow  
Lieselotte Hacker, Boizenburg  
Dr. Günter Hegewald, Erkner  
Rita Heidrich, Leipzig  
Ingeborg Herrmann, Jena  
Günter Hoffmann, Bln.-Li'berg  
Walter Hoppe, Schönebeck  
Walter Jahn, Stralsund  
Siegfried Jonas, Bln.-Fr'felde  
Arno Kallweit, Bln.-Pankow  
Rolf Keil, Halberstadt  
Rosemarie Kempe, Magdeburg  
Bettina Kemter, Bln.-Pankow  
Helmut Kießewetter, Neubrandenbg.  
Ursula Kittler, Meißen  
Hildegard Krauß, Bln.-Marzahn  
Siegfried Krebs, Bln.-Fr'felde  
Günter Krenkel, Dresden  
Sigrid Krumsdorf, Bln.-Hhsn.  
Gerd Kunz, Bln.-Mitte  
Willy Kutzscher, Lülbben

Fritz Langer, Angermünde  
Günter Lengert, Pdm.-Babelsberg  
Manfred Lieber, Dresden  
Edelgart Lutter, Suhl  
Werner Lutz, Bln.-Hhsn.  
Charlotte Mehlich, Plauen  
Fritz Meinert, Eggesin  
Fred Meissner, Pdm.-West  
Gertraud Mettendorf, Bln.-Weißensee  
Wolfgang Miersch, Delitzsch  
Werner Mischke, Hildburghausen  
Heinz Moritz, Leipzig  
Horst Mrocik, Arnstadt  
Helmut Müller, Leipzig  
Regina Mürbe, Hartmannsdorf  
Helmut Neumann, Hildburghausen  
Irene Neumann, Rostock  
Lothar Neumann, Cottbus  
Gerhard Ostrowitzki, Schwerin  
Kurt Pabst, Dresden  
Werner Petroschka, Hoyerswerda  
Horst Philipp, Zwickau  
Horst Plogsties, Zingst  
Gottfried Preusche, Bln.-Hhsn.  
Alfred Radzuweit, Schwerin  
Brigitte Richter, Halle  
Tilo Richter, Bestensee  
Manfred Röbler, Cottbus  
Günter Rochlitz, Leipzig  
Horst Rothe, Bln.-Fr'felde  
Ursula Rudolph, Bln.-Hhsn.  
Roland Schildner, Dresden  
Alfred Schöps, Spremberg  
Friedhelm Schuster, Magdeburg  
Manfred Sommer, Bln.-Hhsn.  
Rona Sonntag, Kraupa  
Dr. Rudolf Spitzner, Leipzig  
Siegfried Steiner, Saalfeld  
Ernst Stoltmann, Gera  
Ernst Thiel, Bln.-Treptow  
Siegfried Tober, Zittau  
Eberhard Tuchscherer, Bln.-Treptow  
Ernst Voeske, Plauen  
Dr. Harry Voitzsch, Dresden  
Rainer Wackernagel, Bln.-Köpenick  
Erwin Weidemeier, Jena  
Joachim Wiegand, Bln.-Fr'felde  
Sigrid Willkommen, Pdm.-Babelsberg  
Horst Winkel, Schwerin  
Klaus Winter, Neu-Seddin  
Eberhard Wolf, Bln.-Köpenick



➤➤➤ Fortsetzung von Seite 3

appellierte an das Gremium, es möge sich nun endlich auch der noch immer ausstehenden Anpassung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West annehmen.

Der BRH-Landesvorstand Berlin hatte in einer Erklärung gefordert, endlich diese Anpassung zu vollziehen. Eine weitere Untätigkeit der Politiker in dieser Frage laufe auf eine dauernde Spaltung des Landes hinaus. Es sei unmoralisch, diese Forderung nicht anerkennen zu wollen und für sich selbst über Diätenerhöhung nachzudenken.

(Aus BRH aktuell 52/07)

### Aus der Postmappe:

Unser Freund Heinz Schulze und seine Frau (TIG Oranienburg) hatten sich mit einem Leserbrief an die „Märkische Allgemeine“ gewandt und ihre Auffassung zur Rentenerhöhung um 0,54 Prozent zum 1. Juli 2007 kundgetan.

Die dortige Leserbriefredaktion hatte für seinen Text leider keine Verwendung. **ISOR aktuell** hingegen hält seinen Brief für bemerkenswert. Er bringt die tatsächliche Lage treffend zum Ausdruck.

Er schreibt u.a.:

... Meine Ehefrau und ich haben mit der „Rentenwertbestimmungsverordnung 2007“ eine Rentenanpassung von 0,54 Prozent erhalten. Es ist für uns sehr schwer nachvollziehbar, diese Wortwahl im Rentenbescheid sozialökonomisch mit unserer tatsächlichen Altersrente positiv zu bewerten. Sozial gerecht wäre, wenn die Anpassung die finanziellen Verluste seit der letzten Anpassung im Jahr 2003 ausgleichen würden. Die Anpassung vom 1. Juli 2007 erfüllt diese – unsere Forderung – nicht. Ab 2004 haben wir einen finanziellen Verlust durch Nullrunden, Inflationsrate und Gesundheitsreform von 7,42 Prozent hinnehmen müssen. Es verbleibt uns ein Anpassungsverlust von nun 6,88 Prozent. Die zweite Frage ergibt sich aus der Rentenwertbestimmung. Wir haben unseren Rentenwert seit 1990 sozialpolitisch analysiert und festgestellt, dass unsere Altersrente bis 2003 auf 124 Prozent erhöht wurde.

Die Bundesregierung hat mit ihren Rentenbeschlüssen, die finanziell-ökonomischen Belastungen auf unseren Lebensunterhalt nicht berücksichtigt. In allen Versorgungsbereichen gibt es seit 1990 extreme Preissteigerungen.

1989 mussten wir für unsere Miete, Medikamente, Mehrwertsteuer, Telefon, Rundfunk- und Fernsehen, Kfz-Steuer, Versicherungen und Zahnersatz 75,77 EURO (umgerechnet) im Monat aufwenden. 2007 sind es 871,68 EURO. Das sind Mehrausgaben von 795,91 EURO. Mit den weiteren Mehrausgaben für Lebensmittel, Energie- und Heizkosten, Haushaltsgegenständen, Bekleidung u. v. a. m. überschreiten diese die Brutto-Netto-Rente von 1989.

Unsere gegenwärtige Brutto-Rente liegt 8 Prozent unter der Armutsgrenze in Deutschland. Es ist allgemein bekannt, dass Deutschland ein reiches Land ist! Die in der „Unterschicht“ lebenden Menschen erwarten deshalb von der Bundesregierung, dass die erarbeitete Wertschöpfung sozial gerechter eingesetzt wird. Unsere soziale Marktwirtschaft und das Finanzsystem werden immer noch anarchistisch beherrscht.

Aus den Medien müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass fast täglich Millionen Euro der Wertschöpfung im wahrsten Sinne des Wortes von den Regierungen in den Sand gesetzt, von den Reichen vergoldet oder von korrupten Menschen kriminalisiert werden. ...

Ministerpräsident Herr M. Platzeck will einen „vorsorgenden Sozialstaat“ aufbauen und eine Demokratie, in der es sozial und gerecht zugeht. Es wird gegenwärtig sehr viel vom Wirtschaftsaufschwung berichtet. Oft hört man, die Wirtschaft „boomt“!

Bisher haben wir aus der „Unterschicht“ nur festgestellt, dass es bei den Millionären 2005/06 einen Aufschwung von 4,1 Prozent und 2003/04 bei der Altersarmut im Land Brandenburg (ein Anwachsen – d.Red.) von 28,71 Prozent gegeben hat.

Wenn alle verantwortlichen Funktionsträger die armen Menschen im reichen Sozialstaat mitnehmen wollen, dann finden sie im Grundgesetz dafür einen sehr großen Wortschatz mit konkreten Wertigkeiten!

Wenn zum Beispiel der wirtschaftliche Missbrauch des Eigentums unterbunden, der Schutz der Menschenwürde und die Gleichheit vor dem Gesetz gewährleistet, die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse und ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht im ganzen Land durchgesetzt wird, dann werden auch wir Rentner ... in einem „vorsorgenden Sozialstaat“ leben können.

Waltraut und Heinz Schulze

### Von Mitglied zu Mitglied

Natur pur, direkt vor der Haustür – 2 gemütl. FEWO in **Unterweißbach/Thür. Schwarzatal**  
Tel./Fax: 036730 22785 ab 19.00 Uhr



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder



EVA-MARIA BEYER, Bln.-Fr'hain  
CARL BOLDT, Perleberg  
ERIKA BEUER, Ferch  
DOROTHEA BÜRGEL, Leipzig  
KURT DAUDERT, Görlitz  
HEINRICH DITTRICH, Osterburg  
MATTHIAS DORSCHNER, Annaberg-Buchholz  
PROF. DR. WOLFGANG EDELMANN, Seeburg  
GÜNTHER EICHLER, Boizenburg  
HANS FILIN, Bln.-Treptow  
PETER GÖRLDT, Chemnitz  
FRITZ GRAMS, Schwerin  
KURT GROSSER, Ludwigsfelde  
MANFRED GRZEGORSKI, Cottbus  
HORST HÄRTEL, Cottbus  
KURT HARNISCH, Bln.-Prenzl. Berg  
MICHAEL JOACHIMSTHAL, Bln.-Köpenick  
FRITZ KARL, Mengersgereuth-Hämmern  
URSULA KÖGLER, Dresden  
HEINZ KOSCHKE, Starsow/Holm  
SIEGFRIED KUNDE, Forst  
CHARLOTTE KUTTERER, Pdm.-Babelsberg  
SIEGFRIED LEISTNER, Bad Brambach/Rohrbach  
KARL LEONHARDT, Bln.-Marzahn  
HENRY LUDWIG, Leipzig  
WALTER MARKWORDT, Quedlinburg  
HORST MARX, Bln.-Pankow  
KLARA MROSS, Dresden  
HILDEGARD PORSCHBERGER, Dresden  
ERICH RÜCKERT, Rostock  
HANS-JOACHIM RUNKOWSKIE, Osterburg  
RUDI SANDT, Magdeburg  
HORST SCHNEIDER, Löbau  
GÜNTHER SCHREIBER, Stralsund  
ROLF SCHULZE, Grimma  
JOACHIM SCHÜTT, Schwerin  
HORST STROHSCHNEIDER, Strausberg  
HILMAR TEICHMANN, Suhl  
GÜNTHER VIERERBE, Salzwedel  
GOTTFRIED WEISSBACH, Chemnitz  
GOTTFRIED WEISSBACH, Chemnitz  
RUDI WOHLGEMUTH, Bln.-Fr'felde  
HELMAR WUNDERLICH, Bln.-Treptow

**Ehre ihrem Andenken**

### Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

**ISOR aktuell** dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 25.07.2007

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 29.08.2007

Einstellung im Internet: 07.09.2007

Auslieferung: 13.09.2007

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423-10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse  
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:  
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:  
Jede 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr